Redaktion, Verlag und Druck,
on R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 38. Abendblatt. Donnerstag den 23. Januar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 22. Januar. Die „Revue Contemporaine" spricht sich in ihrer neuesten Nummer über die deutschen Angelegenheiten aus und bemerkt dabei namentlich, daß wenn die nationale Partei in Süddeutschland bei den gegenwärtigen Wahlen zum Zollparlament den Sieg davon trägt, dies ein großer Schritt zur deutschen Einheit sein werde. Man müsse annehmen, fährt das Blatt dann weiter fort, daß die preußische Regierung der nationalen Bewegung in Süddeutschland gegenüber eine sehr reservirte Stellung eingenommen und daß auch die offiziösen preußischen Organe mehr in dem Sinne gewirkt haben, ein allzu starkes Drängen nach Einheit zu mäßigen, als es anzuregen. In Frankreich würde man sich über diese nach Einheit hinstrebende deutsche Bewegung keine Illusionen machen dürfen, im Gegentheil müsse man darauf gefaßt sein, daß sich diese Einheit, wenn auch nicht gleich heute, so doch in nächster Zeit vollziehen werde, so sehr man auch dagegen protestiren möchte. Die Kaiserliche Regierung wisse, daß sie die deutsche Entwickelung nicht hindern könne. Es komme ihr daher auch zu, sich in das Unvermeidliche zu finden und Deutschland ruhig gewähren zu lassen, sich nach dem Maße seiner Bedürfnisse und Interessen zu organisiren. — Die zuerst von der „Berl. Börsen-Ztg." gebrachte Nachricht von der Wiederherstellung des Schwanenordes ist zwar schon vom „Staats-Anzeiger" dementirt worden, da indessen die „Börsen-Ztg." trotzdem bei ihrer früheren Behauptung stehen bleibt, so mag hier wiederholt werden, daß die Angabeu derselben in der That nicht begründet sind. Bei denjenigen Behörden, die bei der Errichtung neuer oder der Wiederherstellung früherer Orden betheiligt sind, als dem Oberceremonienmeister, dem Staats-Ministerium und dem speziellen Ressort-Ministerium, dem Ministerium des Innern, ist über einleitende Schritte zur Wiederbelebung des Schwanenordens nichts bekannt. Es scheint der Nachricht der „Börsen-Ztg." eine absichtliche oder unabsichtliche Entstellung der Thatsache zu Grunde zu liegen, daß zur Theilnahme an einen Wohlthätigkeitsakt aufgefordert worden ist, der indessen mit dem Schwanenorden nichts zu schaffen hat. — Es wird jetzt auch von einem Nothstande im Westerwalde, namentlich in Frankfurter Blättern geschrieben. Von einen außerordentlichen Nothstand daselbst ist indessen hier nichts bekannt. Der Umstand, daß die Königin Augusta dem Abgeordneten Braun einen Beitrag zur Abhilfe der Noth zugestellt habe, steht hiermit nicht in Widerspruch. Thatsache ist, daß die Zustände im Westerwald der Abhülfe bedürfen und daß diese Abhülfe von der Regierung auch gewährt werden soll. Die Uebelstände sind nämlich dort nicht außerordentlicher, sondern permanenter Natur in Folge der ungünstigen Lage der Gegend, denen jetzt durch die Hebung des dortigen Verkehrs und die Herstellung von Kommunikationswegen abgeholfen werden soll. Eine besondere Kalamität ist indessen, wie gesagt, im Westerwald nicht vorhanden. — Die Berliner „Börsen-Ztg." bringt jetzt auch die Angelegenheit der Abfindung der Depossedirten mit dem Nothstand in Verbindung und meint, daß von dem Wort „Courtoisie" keine Rede sein könne, wenn demselben andererseits das Schreckensbild „Hungertyphus" entgegenträte. Den gesunden Menschenverstand etwas zu stark bei Seite setzen, heißt es wohl, wenn das Blatt dabei dem Minister des Innern daraus einen Vorwurf macht, daß er zur Zeit des Abschlusses der betreffenden Verträge (also im September) noch keine Kenntniß von dem in Ostpreußen eintretenden Nothstande gehabt habe. Der Nothstand ist bekanntlich vor Allem in Folge einer Mißernte eingetreten. Da aber die Ernte in Ostpreußen ziemlich spät fällt und die Noth dort besonders noch dadurch sehr vergrößert worden ist, daß die vorhandenen Bestände erst beim Eeinscheuern durch die Witterung zerstört worden sind, so ist es rein unmöglich gewesen, die Ausdehnung des Nothstandes schon im September zu erkennen. — Wir haben berichtet, daß von dem Finanzminister und dem Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten zwei Sachverständige (ein Steuer-Rath und ein Mitglied des Landes-Oekonomie-Kollegiums) nach Oesterreich gesandt worden sind, um an Ort und Stelle die Art und Weise der dortigen Besteuerung des Branntweins und des Rübenzuckers kennen zu lernen. Die Branntweinsteuer wird nämlich in Oesterreich seit dem Jahre 1866 nach einem neuen Modus erhoben, der in einer Pauschalbesteuerung des Branntweins besteht. Die beiden Kommissarien sind auf Grund eines Antrags des Landes-Oekonomie-Kollegiums in der vorjährigen Sitzung entsendet worden.

Berlin, 22. Januar. Se. Majestät der König empfing heute Morgen den Maler Bleibtreu, welcher die Ehre hatte, die Skizze des Schlachtenbildes, das für das Nationalmuseum bestimmt, vorzustellen; darauf den kommandirenden General des 6. Armeekorps, v. Tümpling, welcher sich vor seiner Abreise nach Breslau verabschiedete, sowie den General-Adjutanten von Brauchitsch und dessen Sohn, Lieutenant im 1. Garde-Regiment zu Fuß, ebenso die Deputation des neumärkischen Dragoner-Regiments Nr. 3, Regimentskommandeur Oberst v. Willisen, Rittmeister v. Gröben und Lieutenant v. Wedell, welche insgesammt von der Leichenfeierlichkeit zu Wien hierher zurückgekehrt sind. Hierauf ertheilte Se. Maj. der König Audienz dem Grafen Harrach und dem Kammerherrn und Amtmann zu Ratzeburg in Lauenburg, v. Cossel, welcher die Orden seines verstorbenen Bruders, des Ober-Forstmeisters v. Cossel überbrachte, nahm alsdann die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Civilkabinets, des Geh. Hofrathes Bork 2c. entgegen und arbeitete Nachmittags mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Um ½5 Uhr fuhren die Majestäten nach Charlottenburg und speisten dort mit J. Majestät der Königin-Wittwe.

— Ueber die Typhusverhältnisse in Ostpreußen sind hier amtliche Berichte eingegangen, aus denen sich ergiebt, daß die Krankheit unter der Arbeiterbevölkerung allerdings Verbreitung gefunden hat, daß aber gerade solche Arbeiter davon befallen worden sind, welche bis dahin Beschäftigung gehabt und denen es daher auch an Verpflegung nicht gefehlt hatte. Es scheint demnach der Typhus nicht sowohl in dem Mangel an Nahrung, als vielmehr in der ungünstigen Witterung und den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter seinen Grund zu haben. Die exanthematöse Form, in welcher der Typhus dort zum Theil sich zeigt, hat zwar Aehnliches mit den Erscheinungen, unter welchen der Hungertyphus in Oberschlesien auftrat, ist aber überhaupt bei jedem Vorkommen des Typhus in der Provinz Schlesien und Preußen als endemisch beobachtet worden.

— Die Aufmerksamkeit des evangelischen Oberkirchenraths ist in neuerer Zeit auf die in Berlin und auch in anderen Städten Preußens bestehende Einrichtung von Kindergottesdiensten hingelenkt worden, welche nach dem Muster der sogenannten Sonntagsschulen in Nordamerika und England gegründet worden sind. Der evangelische Oberkirchenrath spricht in einer Cirkularverfügung an die Konsistorien seine Anerkennung über den Segen aus, welchen diese Einrichtung dem evangelischen Gemeindeleben bringt, nimmt die Aufmerksamkeit der Konsistorien für diesen wichtigen Gegenstand in Anspruch und erwartet nach Jahresfrist einen Bericht darüber, was in ihren Aufsichtskreisen dafür geschehen ist und was sie weiter zu veranlassen für zweckmäßig gefunden haben und anzuordnen gedenken.

— Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, wird von konservativer Seite ein Gesetzentwurf, betreffend Ueberweisung bestimmter Fonds an alle Provinziallandtage vorbereitet. Man glaubt, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung über den hannverschen Provinzialfonds erreicht werden könne.

— Die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft ist bekanntlich, bevor die unentgeltliche Ueberweisung des Terrains gesichert, nicht verpflichtet, die Cöslin-Stolp-Danziger Bahn zu bauen. Sie hat mehr gethan als sie muß, schreibt die „B. B.-Z.", indem sie die Strecke Cöslin-Stolpe in Angriff genommen, ehe in den beiden Kreisen Danzig das Terrain bewilligt war. Um der Noth in dem durchschnittenen Landestheil willen ist das Direktorium der Gesellschaft von der Staatsregierung neuerdings eindringlichst aufgefordert, mit dem Bau in den Kreisen Stolpe, Lauenburg und Neustadt zu beginnen. Das Direktorium hat sich darauf hin bereit erklärt, den Bau der Strecke Cöslin-Danzig, sobald die fehlende Sicherung der unentgeltlichen Ueberweisung des Terrains in den beiden Danziger Kreisen beschafft sein würde, von Danzig aus sofort in Angriff zu nehmen, aber abgelehnt, bei Stolpe diese Bahnstrecke zu beginnen. Nach dem Plan des Direktoriums wird in Danzig ein Bau-Bureau etablirt, Material per Wasser und Schienen herangeschafft, die Strecke Danzig-Neustadt zunächst fertig gestellt und eröffnet und dann auf derselben das Baumaterial für die Neustadt-Stolper Strecke an die Baustellen gebracht werden. Der Bau von Stolp nach Danzig, bei dem ersteren Orte beginnend, würde unverhältnißmäßige Mehrausgaben verursachen. Dieser Plan des Direktoriums ist nun auch von der Staatsregierung für zweckmäßig und geeignet erachtet, der Noth, soweit es durch den Eisenbahnbau erreichbar ist, abzuhelfen. Es gilt also, die Bedingung seiner Ausführung, die Ueberweisung des Grund und Bodens, zu sichern. Der Landkreis Danzig hat die Ueberweisung abgelehnt, der Magistrat von Danzig hat sich erboten, das Terrain in beiden Kreisen zu überweisen, wenn ihm ein Beitrag zu den Kosten von 20,000 Thlr. geleistet wird. Die Regierung zu Cöslin ist ermächtigt, den Landrath zu Stolp zu beauftragen, auf dieser oder einer anderen Grundlage eine Vereinbarung zwischen den betheiligten Kreisen und der Stadt Danzig wegen der Sicherung der Terrain-Ueberweisung zu Stande zu bringen. Es hängt hiernach lediglich von den Kreisen ab, den Beginn des gewünschten Bahnbaues zu ermöglichen.

— Das Dotationsgesetz für die depossedirten Fürsten wird am Freitag, und das Gesetz über den hannöverschen Provinzialfonds am Sonnabend im Plenum des Abgeordnetenhauses zur Berathung gelangen, die Budgetdebatte also unterbrochen werden.

— Die Frage, ob der Gesetzentwurf, betreffend den Provinzialfonds für Hannver im Abgeordnetenhause Aussicht auf Annahme haben werde, ist seit heute, wie man der „B. B.-Z." mittheilt, in ein anderes Stadium getreten, und steht die Annahme des Gesetzes jetzt mehr als vorher zu erwarten. Als Grund dieses Umstandes geht in Abgeordnetenkreisen das Gerücht, Graf Bismarck habe die Annahme dieses Gesetzes zu einer Kabinetsfrage gemacht, indem man durch Ablehnung desselben ihm die Fäden seiner deutschen Politik durchschneiden würde. So weit man jetzt ermessen kann, würde die ganze national-liberale Fraktion jetzt mit Ausnahme von höchstens 5 bis 6 Mitgliedern für den Entwurf stimmen. Dasselbe wird voraussichtlich auch Seitens des rechten Centrums geschehen, von den Frei-Konservativen würden etwa ⅔ für den Gesetzentwurf stimmen, von den Konservativen ⅓ für, ⅓ gegen den Entwurf, und ⅓ wird voraussichtlich sich an der Abstimmung nicht betheiligen; nur die Fortschrittspartei und das linke Centrum werden in corpore gegen das Gesetz stimmen. Auf diese Weise wäre allerdings die Majorität gesichert.

— Die Fraktion der freikonservativen Vereinigung berieth gestern Vormittag den Gesetzentwurf, betreffend die Dotirung der depossedirten Fürsten, und beschloß, einstimmig für den Antrag der Kommission (Genehmigung) zu stimmen.

— Die Justizkommission beendete zunächst die Berathung über das Gesetz wegen der Anstellung im höheren Justizdienste und hörte dabei eine lange Rede des Abg. Windhorst über den Beruf Preußens in Deutschland an, trat aber den Konklusionen des beredten Mannes nicht bei, d. h. sie stimmte gegen den Antrag, daß auch Professoren, welche acht Jahre lang an einer deutschen Universität docirt haben, als Mitglieder des Obertribunals angestellt werden können. Nicht günstiger beurtheilte die Kommission einen anderen Vorschlag, wonach auch Notare, die acht Jahre im Amte sind, Obertribunalsräthe werden können. Der §. 3 wurde mit Einschaltung der Worte: „seit Eintritt in diese Gerichte acht Jahre lang" u. s. w. angenommen und lautet nunmehr in seinem Alinea 3: „Ingleichen können während eines Zeitraums von 10 Jahren, angerechnet vom Tage der Publikation dieses Gesetzes, Mitglieder der in den neuerworbenen Landestheilen bestandenen oder bestehenden Appellations- oder Obergerichte, welche seit Eintritt in diese Gerichte acht Jahre lang etatsmäßige Richter dieser Gerichte gewesen sind u. s. w. als Mitglieder des Obertribunals angestellt werden." §. 4 wurde nicht abgeändert, §. 5 bekam einen präcisirenden Zusatz und in §. 6 (dem Aufhebungsparagrab) wurde namentlich auf die §§. 1 und 2 der Verordnung vom 8. Februar 1867 hingewiesen, welche auch aufgehoben sein sollen. — Es folgte dann die Berathung des Entwurfs wegen der Todeserklärung von Kombattanten aus den letzten Kriegen. Der Entwurf wurde unter Ablehnung aller gestellten Amendements unverändert angenommen. — Die Unterrichtskommission berieth die Petitionen wegen Einführnng der Stenographie als Lehrgegenstand in den Schulen. Nach längerer Debatte einigte sich die Kommission zum Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in Erwägung, daß die ganze Frage über die einzelnen Systeme noch nicht spruchreif, daß es auch Sache der Unterrichtsverwaltung sei, die Vorzüge der einzelnen Systeme gegen einander abzuwägen, daß endlich eine Vermehrung der Lehrgegenstände in den höheren Lehranstalten seine Bedenken hat. Andere Petitionen ohne prinzipielles Interesse wurden ebenfalls erledigt.

— Von dem Abg. Schmidt (Stettin) ist folgender Antrag gestellt worden: die Staatsregierung aufzufordern, die geheimen Konduitenlisten über die Elementarlehrer aufzuheben.

— Die Verhandlungen der Kommission des Herrenhauses, welche über die Gesetzentwürfe, betreffend die Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen und die Pensionirung und Pensionsberechtigung der Lehrer und Lehrerinuen an öffentlichen Volksschulen, zu berathen hat, haben bereits so viel erkennen lassen, daß keine Aussicht vorhanden ist, die Gesetzentwürfe zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Schon in formeller Beziehung ist es zweifelhaft, ob in der gegenwärtigen Session auch nur ein modifizirtes Gesetz zu Stande kommt, denn die betreffende Kommission des Herrenhauses ist nach 10 mehrstündigen Sitzungen in der Spezialberathung erst bis zu §. 12 gelangt; es werden voraussichtlich noch 14 Tage erforderlich sein, ehe die Vorberathung geschlossen ist, dann wird der Referent, Herr v. Kröcher, ebenfalls einer längeren Zeit bedürfen zur Feststellung seines umfänglichen Berichtes, der der Plenarberathung des Herrenhauses zur Grundlage dient; demnächst muß die Gesetzvorlage noch dieselben Stadien im Abgeordnetenhause durchmachen. Es walten aber auch in materieller Hinsicht noch größere Bedenken ob. Die Kommission ist darüber einig, daß die in Rede stehenden Gesetzentwürfe zwischen den Artikeln 21—26 der Verfassungs-Urkunde, welche von dem Unterrichtswesen handeln, und dem Artikel 112, welcher besagt, daß es bis zum Erlaß des Unterrichtsgesetzes bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen bewendet, hindurch zu schiffen suchen, während doch die Verfassungsbestimmungen die Grundlage bilden müssen, welche nicht umgangen werden dürfen. Nach zwei Richtungen gehen die Ansichten in der Kommission auseinander. Einerseits wird gewünscht, die fehlenden Bestimmungen durch Amendirung zu ergänzen, wie z. B. die mangelnden Bestimmungen über Patronat, Aufsicht, Wahl u. s. w. Andererseits will man ein bloßes Dotationsgesetz gewissermaßen als Abschlagszahlung, nicht als allgemeine Landessache behandelt wissen, sondern wegen der provinziellen Verschiedenheiten die Angelegenheit den Provinzial-Landtagen überweisen. Allgemein sprach man sich gegen die unentgeltliche Unterrichtsertheilung in den öffentlichen Volksschulen aus, die in der ganzen Monarchie etwa 3 Millionen Thaler als Staatszuschuß erforderlich machen würde, und es soll darauf hingestrebt werden, den Schlußpassus in dem Artikel 25 der Verfassung, welcher den unentgeltlichen Unterricht ausspricht, zu beseitigen. Das hauptsächlichste Resultat der ganzen Berathung wird sein, daß der Königl. Staatsregierung, insbesondere dem Kultusminister, für die künftige Behandlung der Angelegenheit eine Direktion gegeben wird. Die zahlreich eingegangenen, auf diesen Gegenstand bezüglichen Petitionen sind dem Hrn. Hasselbach zur Berichterstattung zugetheilt.

— Durch den Oberberghauptmann und Ministerial-Direktor Krug von Nidda ist über den Befund auf Grube Münsterland (Gewerkschaft Neu-Iserlohn) ein Bericht hergelangt, der es als völlig unzweifelhaft hinstellt, daß keineswegs in Folge unzureichender Sicherheitsvorrichtungen oder ungenügender Aufmerksamkeit der Grubenbeamten die ungeheure Verwüstung angerichtet, daß vielmehr entweder ein Zufall (Bruch einer Sicherheitslampe) oder Unvorsichtigkeit, z. B. mit der Lampe oder einem Streichhölzchen, die plötzlich in ganz ungewöhnlicher Menge hervorgequollenen Gase entzündet habe. Die Sammlungen zum Besten der Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute haben auch hier begonnen. Ostpreußen nimmt aber die Aufmerksamkeit und die Leistungsfähigkeit der Masse zu sehr in Anspruch, als daß man großen Erfolg erwarten dürfte.

— Dem Vernehmen nach sind noch mehrere der kleineren preußischen Festungen zum Eingehen bestimmt, doch steht dagegen eine Erweiterung und Verstärkung der meisten vorhandenen festen Plätze, wie wahrscheinlich auch die Anlage mehrerer neuer Festungen zu gewärtigen. Alle hierauf bezüglichen Maßregeln werden sich in Hinsicht ihrer Vorbereitungen wie ihrer Ausführung fortan der neu eingesetzten Landesvertheidigungs-Kommission anheimge-

geben finden. Die Umwandlung des preußischen Festungsnetzes ist übrigens bereits seit einer Reihe von Jahren verfolgt worden und darf mit dem Umbau von Neisse und Glogau zu Festungen ersten Ranges und und der Erhebung von Dresden zu einem befestigten Waffenplatz für den südlichen Vertheidigungsabschnitt des preußischen Staates resp. des norddeutschen Bundesgebiets in der Hauptsache als beendet angesehen werden. Für den Osten steht dagegen nach neueren Nachrichten noch der Ausbau von Thorn zu einem Waffenplatz ersten Ranges zu gewärtigen. Von den Küstenplätzen soll Stettin eine Erweiterung erfahren. Der nördliche Vertheidigungsabschnitt wird in dem Maße seine Ausführung finden, als das Fortschreiten des Hafenbaues von Kiel dies erfordert. Vorläufig bilden bereits die Werke von Düppel und Sonderburg mit Rendsburg die Anfangs- und Stützpunkte für diesen Abschnitt. Neue Festungen sollen dem Vernehmen nach noch je eine an der unteren Weser oder der Ems und auf dem linken Rheinufer an der Mosel- oder Saarlinie angelegt worden. Außerdem wird das als Hauptstützpunkt Norddeutschlands gegen Südwesten und Westen so wichtige Mainz eine entsprechende Verstärkung und Erweiterung erfahren.

— Die nächste Sitzung des Herrenhauses wird voraussichtlich am Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche stattfinden, und wird in derselben die Berathung des Gesetzes über die 40-Millionen-Anleihe stattfinden. Der Gegenstand der Tagesordnung der darauf folgenden Sitzung des Herrenhauses dürfte der Lasker'sche Antrag sein. Der Antrag der Kommission soll darauf hinausgehen, den Antrag Lasker mit der Modifikation anzunehmen, daß über eine Anstoß erregende Rede eines Mitgliedes des Landtages ein parlamentarisches Ehrengericht, bestehend aus Mitgliedern der beiden Häuser des Landtages, zu urtheilen haben soll. Die Kommission zur Vorberathung des Schulgesetzes hält sehr häufig Sitzungen und hat, wie wir hören, als Resultat ihrer Berathungen schon zahlreiche Streichungen in der Regierungsvorlage vorgenommen.

Breslau, 22. Januar. In der auf heute 3 Uhr anberauten außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahngesellschaft wurde die projektirte Verbindung der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn mit der Warschau-Wiener Bahn genehmigt. Die Beschaffung des zum Bau dieser Zweigbahn nöthigen Baukapitals wurde dem Ermessen des Verwaltungsraths anheimgegeben. Die Verlegung der projektirten Linie der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn von Emanuelsegen über Paprotzau nach Pleß in der Richtung von Emanuelsegen über Kobier nach Pleß, mit einer Abzweigung von Tichau nach Mittel-Lazisk, anstatt von Paprotzau aus wurde genehmigt, desgleichen der Antrag auf Autorisation für die Direktion, die in Folge der Beschlüsse nothwendig werdende Statuts-Abänderung mit der Königlichen Staatsregierung zu vereinbaren.

Frankfurt a. M., 22. Januar. Senator Dr. Berg ist von der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung zum zweiten Bürgermeister erwählt. Alsdann wurden zu besoldeten Stadträthen die Herren George Hauck, Dr. Passavant, Dr. Speltz und Oven, zu unbesoldeten Stadträthen Fr. Graubner, Architekt Burnitz, J. Oppenheimer, Funk und J. H. Dietz gewählt.

Hamburg, 22. Januar. Die Bürgerschaft lehnte in ihrer heutigen Sitzung den Antrag auf Verminderung der Beamtengehälter um 25 pCt. ab.

Bremen, 22. Januar. Für den ausgeschiedenen Richter Kuhlenkamp ist der Staatsanwalt Dr. Pauli vom Senat und der Bürgerschaft in das Richterkollegium gewählt.

Stuttgart, 22. Januar. Die Abgeordnetenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Einrichtung der Kontrol-Versammlungen bei der Landwehr trotz des Widerspruches der Regierung verworfen. Das Institut der einjährig Freiwilligen wird von Seiten der demokratischen Partei bekämpft. Es herrscht die Befürchtung, daß das Kriegsdienstgesetz in seiner verstümmelten Gestalt auch von der Regierung als unannehmbar erklärt werden wird, während die demokratische Partei sich ohnedies gegen dasselbe ausgesprochen hat. Die Erbitterung der Parteien ist groß.

Ausland.

Paris, 20. Januar. (Sp. Z.) Wer an dem Gedanken festhält, daß die Tuilerieen seit beinahe zwanzig Jahren niemals gewagt haben, eine entschiedene Partei zu ergreifen, wird beim Eintritt jedes Ereignisses sofort vorhersagen können, daß die hiesige Regierung demnächst in entgegengesetzter Richtung etwas thun werde. Deshalb war die Freude der Ultramontanen über das Rouhersche „Niemals" vom 5. Dezember auch keineswegs ungetrübt, sie fürchteten einen nahen Rückschlag, und er ist bereits eingetreten. Gegen die Nichtbezahlung der fälligen Schuldquote an den Papst von Seiten Italiens hat Baron v. Malaret in Florenz — protestirt und damit ruht die Sache. Kardinal Antonelli kann, nach Lage der Verhältnisse, nicht direkt in Florenz reklamiren, sondern muß sich durch den hiesigen Nuntius an den Marquis von Moustier wenden und dieser erklärt, daß die Verhandlungen mit General Menabrea noch in der Schwebe seien, und es scheine unmöglich, die italienische Regierung jetzt zu drängen, zumal sie Zeichen ihres guten Willens gegeben habe. Dagegen erlaube man sich die bescheidene Anfrage, was Se. Heiligkeit, aufs Neue geschützt durch die französische Fahne, in Betreff der am 18. August 1849 gestellten Forderungen: Säcularisirung der Verwaltung, Einführung des Code Napoléon und einer liberalen Regierung, — nun endlich zu thun gedenke. Um der römischen Curie einen neuen Beweis von Sympathie zu geben, habe man einen hochgestellten Beamten nach der Tiberstadt gesendet, um dem Vatican bei der Erfüllung der seit 19 Jahren bekannten Ansprüche mit Rath und That an die Hand zu gehen. Hierauf schreibt Kardinal Antonelli in gewohnter Weise, daß Pius IX. Souverän sei und von keiner „fremden Macht" Weisungen anzunehmen habe (über die Annahme von Soldaten und Geld äußert sich der Staatssekretär nicht). So stehen die Sachen, und die Verstimmung der Kabinette zu Paris und Rom kommt den Italienern zu Gute, bringt sie aber freilich nicht viel vorwärts, sie werden durch die Finanzen ruinirt und dabei kann ihnen Frankreich nicht helfen; denn hier geht es nicht viel besser. Der Baarvorrath in der Bank hat bereits die Milliarde wieder überstiegen, und das Wechselportefeuille ist neuerdings im Sinken begriffen.

Paris, 21. Januar. In der letzten Zeit war vielfach die Rede davon, daß man die Absicht habe, dem ehemaligen Königreiche Neapel eine besondere Verwaltung unter dem Herzoge von Aosta zu geben. Die „Gazette de France" theilt darüber nach einem ihr aus Neapel zugekommenen Schreiben Folgendes mit: „Lord Clarendon war von der Lage des Landes betroffen. Er sagte zu Jedermann, daß er einen solchen Zustand des Elends, der Unordnung und eine solche Unzufriedenheit nicht erwartet habe. Graf Apponyi, welcher zugleich von Rom aus eingetroffen war, erfuhr dieselben Eindrücke. Wir erwarten tagtäglich den Herzog von Aosta. Die Vorbereitungen, welche bei diesem Anlasse die Behörden treffen, und der Glanz, mit dem man die Anwesenheit des Prinzen hier umgeben will, lassen mehr und mehr annehmen, daß man in Florenz die Absicht hat, dem Prinzen Amadeus die Krone von Neapel zu verleihen".

Paris, 22. Januar. „Patrie" schreibt: Während wir erst kürzlich auf die kriegerische Sprache der russischen Journale hatten aufmerksam machen müssen, sind wir heute in der Lage, einen gewissen Umschwung derselben im Sinne des Friedens zu konstatiren. — Dasselbe Blatt dementirt die Nachricht, es sei eine hochgestellte Persönlichkeit mit einem Auftrage der französischen Regierung nach Rom gesendet worden.

Florenz, 22. Januar. In der Deputirtenkammer begann heute die Debatte über die noch unerledigt gelassenen Artikel des Einnahmebudgets für 1868.

Artikel I. über Besteuerung ländlicher Grundstücke wurde in Folge der Mittheilung des Comités genehmigt, daß dasselbe mit den Ministern einverstanden sei, dem Gesetz noch einen Artikel hinzuzufügen, zu dem Zwecke, für die ländliche Grundsteuer eine gleichmäßige Basis festzustellen.

Bei der Erörterung des Artikels III. über Einkommensteuer machte Ferraris den Vorschlag, die Schlußabstimmung noch zu vertagen. Dieser Antrag wurde vom Comité und vom Finanzminister genehmigt. Crispi tadelte das jüngst erlassene Exposé des Finanzministers Cambray-Digny, indem er die Auferlegung einer Einkommensteuer für unmöglich erklärte und dafür die Erhebung irgend einer anderen Auflage empfahl. Der Finanzminister vertheidigte sein Projekt und sprach die Erwartung aus, daß aus der Einkommensteuer eine bedeutende Staats-Einnahme erzielt werden würde. Die Deputirtenkammer schloß sich dieser Ansicht im Allgemeinen an und der Minister acceptirte den Comité-Antrag, an Einkommensteuer für das Jahr 1868 die Summe von 78,000,000 Lire zu erheben.

Kopenhagen, 18. Januar. Die „Fl. N. Z." berichtet: Wie zu erwarten stand, hat die Beförderung der beiden „deutschen Prinzen" Julius und Johann von Glücksburg (Brüder des Königs) zu Generalmajoren à la suite nicht den Beifall der nationalen dänischen Presse gefunden. „Fädrelandet" macht einige höhnische Bemerknngen in der Sache, und „Dagbladet" schreibt: „Der Kriegsminister Raaslöff, welcher die Schuld an dieser Ernennung trägt, hätte bedenken sollen, in wie hohem Grade dieser Akt, ob man ihn nun eine nackte Formalität oder eine Toilettenfrage nennt, in Widerspruch zu dem Geiste steht, welcher allein dem neuen Armeegesetz Leben und Kraft zu verleihen vermag." — Zu dieser Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Glieder des Königshauses in den nationalen Blättern behandelt werden, stehen die devoten Huldigungen, welche dieselben Organe der schwedischen Dynastie von Zeit zu Zeit zollen, in eigenthümlichem Gegensatz.

Petersburg, 22. Januar. Der Kaiser hat dem französischen Senator und Kommandeur der National-Garde Mellinet den Alexander Newky-Orden und dem Fabrikanten Krupp in Essen den Wladimir-Orden verliehen.

— In der Tartarei sind ein russischer Offizier und drei Soldaten von Räubern gefangen genommen. Die russische Behörde forderte die Auslieferung der Gefangenen, erhielt jedoch von dem Emir eine wenig befriedigende Antwort und ordnete in Folge dessen die Bestrafung der schuldigen Ortschaften an. Der Emir hat zahlreiche Rekruten ausheben lassen, um diesen Maßregeln mit Gewalt entgegen zu treten. — Man spricht hierselbst von einem großen Fallissement in Moskau mit einer Passivmasse von 2 Millionen 500,000 Rubeln.

— Aus Taschkend sind Nachrichten von Anfang Dezember v. J. eingegangen, denen zufolge Khiwa sich gegen Rußland rüstet, ein Bündniß mit den Turkomanen abgeschlossen hat und eine Festung an der russischen Grenze baut.

Riga, 22. Januar. Die Mündung der Düna ist offen. Der englische Dampfer Otto, der Abends nach England abgeht, will versuchen, die Passage durch das Eis in der Meerenge von Domes-Näß zu forciren.

Pommern.

Stettin, 23. Januar. Die Resultate der Volkszählung vom 3. Dezember vor. Jahres stellen sich im Kreise Randow (im Vergleich zur Zählung vom Jahre 1864) wie folgt:

	1864.	1867.
I. Städte.		
a) Alt-Damm	3946 Seelen,	3887 Seelen,
b) Gartz a. O. (inkl. Militär)	5064 -	4992 -
c) Grabow a. O.	6607 -	6773 -
d) Penkun	2122 -	2123 -
e) Pölitz	3939 -	4276 -
	21678 Seelen.	22051 Seelen.
II. Flaches Land.	65212 -	65915 -
	86890 Seelen.	87966 Seelen.

Von den Städten zeigen also Altdamm und Gartz eine positive Abnahme, Penkun fast vollständigen Stillstand, Grabow eine sehr geringe, und Pölitz eine etwas größere Zunahme. Das Wachsthum der Bevölkerung im ganzen Kreise beträgt nur $1\frac{1}{5}$ Prozent.

— Zum gestrigen Wochenmarkt sind von außerhalb 20,300 Pfund Fleisch hier eingeführt worden.

— In den Tagen vom 18. bis inkl. 22. d. M. wurden hier an Getreide eingeführt: 989 Wspl. 20 Schffl. Weizen, 623 Wspl. 6 Schffl. Roggen, 198 Wspl. 9 Schffl. Gerste, 71 Wspl. 22 Schffl. Hafer, 47 Wspl. 1 Schffl. Erbsen, 35 Wspl. 22 Schffl. Kartoffeln.

— Die Benutzung der Volksküchen steigert sich täglich. Gestern sind auf der Lastadie 765, Torney 125, Grünhof 258, Grabow 100, Bredow 300, Bredower Antheil 389, Züllchow 149, im Ganzen 2086 Portionen ausgegeben worden.

— Wie man uns mittheilt, ist gestern Abend um 8 Uhr die vor dem Stettiner Thore in Pasewalk belegene Scheune des Gastwirth's Ruthenberg total niedergebrannt. Nur der etwas isolirten Lage des Gebäudes und der Windstille ist es zu danken, daß das Feuer auf seinen ursprünglichen Heerd beschränkt blieb.

— Der wegen verschiedener Diebstähle und sonstiger Schwindeleien bereits seit einiger Zeit polizeilich verfolgte, in neuerer Zeit mehrfach von uns genannte Schuhmacher Braun, entlieh in diesen Tagen vom Garderobier H. einen eleganten Maskenanzug, ging mit demselben aber nicht auf den Ball, sondern versilberte ihn schleunigst und ließ dem Verleiher das Nachsehen.

— Gestohlen wurde: ein vor dem Hause grüne Schanzstraße Nr. 8 angebrachter Schaukasten, in welchem sich zwei Paar Stiefel und zwei Paar Schuhe befanden, aus verschiedenen Wohnungen diverse Kleidungsstücke, von dem in Züllchow wohnhaften Arbeiter Schüssel dem Förster Pasche auf Bodenberg zwei vor dem Hause stehende Schlitten.

Vermischtes.

Köln, 19. Januar. Soeben ist hier folgender raffinirte und freche Diebstahl ausgeführt. Als heute Vormittag der Eisenbahnzug von Verviers angekommen war, wurden, wie üblich, die für Köln bestimmten Briefe und Packete in den bekannten Postbeuteln einem Postkondukteur übergeben, welcher dieselben auf einem Postwagen nach dem Postbüreau in der Glockengasse zu geleiten hat. Als der Kondukteur nach diesem Büreau unterwegs begriffen ist, kommt ein in Postuniform als Wagenmeister gekleideter Mann in heftigster Eile dem Wagen nachgelaufen und holt diesen beim Museum wieder ein, hält ihn dort an und ruft dem Kondukteur zu, er habe doch den verkehrten, nach Deutz bestimmten Beutel mit Werthpapieren mitgenommen, hier sei der richtige, man möge ihm den verkehrten dafür aushändigen, es sei große Eile vorhanden, da der Zug nicht länger mehr warte. Der Kondukteur, über diese angebliche Verwechselung bestürzt, händigt den verlangten Beutel aus und nimmt den angebotenen dafür in Empfang. Als er beim Postamte in der Glockengasse angekommen ist und der ihm übergebene Beutel geöffnet wird, finden sich in demselben Lumpen und einige Gewichtstücke vor. Jetzt erst sieht der Kondukteur ein, daß er betrogen worden, und erfährt nun aus den Postkarten zu seinem großen Schrecken, daß der abgegebene Postbeutel einen Inhalt von Sendungen im Werthe von über 10,000 Thlr. gehabt hat. Den frechen Betrüger zu entdecken, ist die hiesige Polizei augenblicklich sehr thätig. Vorläufig ist auch der Postkondukteur in Gewahrsam genommen.

Literarisches.

Gesetze des norddeutschen Bundes. Taschenausgabe. Berlin 1868. Die Taschenausgabe liefert die Gesetze des norddeutschen Bundes in bequemem Taschenformate und guter Ausstattung zu billigem Preise und mit vollständigem Inhaltsregister versehen. Erschienen sind bereits die Verfassung des Bundes, der Vertrag über die Fortdauer des Zollvereins, das Gesetz über das Paßwesen, über die Freizügigkeit und die Gesetze und Reglements über das Postwesen.

Ludwig. Ein preußischer Hoch-Sommer oder fünf wackere Brüder. Eine patriotische Erzählung aus dem Kriege von 1866 für die deutsche Jugend. Neu-Ruppin, S. 160, mit mehreren Steindrücken. Das ganze bietet eine lebendige Erzählung der Kriegszüge des vorigen Jahres in anschaulichen, lebensvollen Zügen. Die Geschichte der fünf Brüder ist geschickt benutzt, um die jungen Leser in das Kriegsgetümmel einzuführen und ihr Interesse für dasselbe zu erregen. Eine wohlthuende Wärme und Begeisterung für das Vaterland weht uns aus dem Buche an. Wir können es daher zu Geschenken für Knaben von 10 bis 16 Jahren wohl empfehlen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. Januar. Witterung: trübe, Schneetreiben. Temperatur — 1 ° R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber inländ. 102 bis 106 Rt., poln. bunter und weißer 98—105 Rt. bez., ungarischer 90 bis 95 Rt., feiner bis 98 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühj. 101, $100\frac{1}{2}$, 101 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni u. Juni-Juli 101 Rt. Gd.

Roggen behauptet, pr. 2000 Pfd. loco 77—$78\frac{1}{2}$ Rt. bez., geringer 76—77 Rt. bez., Januar u. Januar-Februar 78 Rt. Gd., Frühjahr $78\frac{1}{2}$, 78 Rt. bez., $78\frac{1}{4}$ Gd., Mai-Juni 78 Rt. bez. u. Gd., $78\frac{1}{4}$ Br., Juni-Juli 77 Rt. bez. u. Gd.

Gerste nach Qualität, loco pr. 1750 Pfd. 52—$54\frac{1}{2}$ Rt. bez., 69 bis 70pfd. schles. Frühj. 55 Rt. Br.

Hafer höher, per 1300 Pfd. loco $36\frac{1}{2}$, 37 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $38\frac{1}{4}$ Rt. Gd.

Erbsen behauptet, pr. 2250 Pfd. loco 66—70 Rt. bez., Frühjahr Futter- 71 Rt. Br., $70\frac{1}{2}$ Gd.

Rappkuchen fremde frei Bahn $2\frac{1}{10}$ Rt. bez.

Rüböl behauptet, loco $10\frac{1}{4}$ Rt. Br., kurze Lieferung 10 Rt. bez., Januar-Februar $10\frac{1}{12}$ Rt. bez. u. Gd., April-Mai $10\frac{1}{3}$ Rt. bez.

Spiritus matter, loco ohne Faß $20\frac{1}{8}$ Rt. bez., Januar-Februar $19\frac{11}{12}$ Rt. Br., Februar-März 20 Rt. Br., Frühjahr $20\frac{5}{12}$ Rt. bez., Mai-Juni $20\frac{3}{4}$ Rt. Br., $20\frac{17}{24}$ Rt. bez., $\frac{7}{8}$ Rt. Gd., Juni-Juli 21 Rt. bez. u. Br.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen 78, Rüböl $10\frac{1}{12}$, Spiritus $19\frac{11}{12}$.

Hamburg, 22. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco sehr fest. Abgeber zurückhaltend. Termine steigend. Ab auswärts für Roggen höhere Preise gefordert, aber nicht bewilligt. Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto 176 Bankothaler Br., 175 Gd., Januar-Februar 176 Br., 175 Gd., pr. Frühj. 177 Br. und Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto $139\frac{1}{2}$ Br., $138\frac{1}{2}$ Gd., Januar-Februar $138\frac{1}{2}$ Br., $137\frac{1}{2}$ Gd., per Frühjahr 137 Br. u. Gd. Rüböl sehr fest, loco $22\frac{1}{2}$, per Mai $23\frac{1}{4}$, per Oktober $23\frac{3}{4}$. Spiritus $28\frac{3}{4}$. Kaffee belebter. Zink billiger angeboten, stille. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 22. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen höher, pr. März 314, pr. Mai $316\frac{1}{2}$, pr. Juni 313. Rüböl pr. Mai $35\frac{3}{4}$, pr. Novbr.-Dezbr. 37.

London, 22. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Schwacher Marktbesuch. Weizen englischer unverändert, fremder sehr fest gehalten, beschränktes Geschäft. Frühjahrsgetreide stetig.